

Bericht Fachausschuss gehobener Dienst zum FORUM

Der Fachausschuss gehobener Dienst traf sich zu seiner **Herbsttagung am 27.09.2016 in Freudenstadt**. Nachfolgend erläutert der Fachausschuss ausgesuchte aktuelle Themen der Gewerkschaftsarbeit:

Der Fachausschuss gehobener Dienst erhielt von der Landesleitung im Frühjahr den Arbeitsauftrag, die Kosten für mögliche Stellenhebungen und für ein Spitzenamt A 13 Z zu ermitteln.

Dieser Arbeitsauftrag korrespondiert 1 : 1

zu unserer Forderung: „Stellenhebungen konsequent fortführen!“

Eine Hinterlegung der Haushaltsstellen mit A 12 aktuell im Innendienst mit ca. 33% und im Aussendienst mit ca. 48% muss aus Sicht des Fachausschuss gehobener Dienst wie folgt erhöht werden:

Innendienst mit 50% + x und Aussendienst mit 75%.

Die Berechnungen des Fachausschuss gehobener Dienst mit den Zahlen aus dem Staatshaushaltsplan zum 01.01.2017 führten im Detail zu folgendem Ergebnis:

Bei einer Hinterlegung der Haushaltsstellen mit **A 12** im Innendienst mit 50 % und im Aussendienst mit 75 % wären insgesamt ein Mehr von ca. 1.050 Haushaltsstellen notwendig (genau: 396 AD + 662 ID = 1.058).

Dieses **Mehr von ca. 1.050 Haushaltsstellen** würde unter der Prämisse „Grundgehalt Stufe 11“ (Mehr Gehalt 405 € / Monat) den Landeshaushalt **mit ca. 5,1 Mio. Euro belasten**.

Zu unserer Forderung: „Spitzenamt A 13Z“

*Wir erinnern uns genau, dass dieses Spitzenamt politisch bereits durchgesetzt war, aber von unserer eigenen Verwaltung mangels Gegenliebe zunächst nicht umgesetzt wurde. Auch diese Maßnahme würde „Luft nach oben schaffen“ und die **Attraktivität der Laufbahn** deutlich erhöhen! Schauen wir zurück zu den **Wahlprüfsteinen**, scheint **A 13 Z** auch bei einer neuen Regierungskonstellation erreichbar.*

Auch zu diesem Punkt hat der Fachausschuss gehobener Dienst auf Grundlage der Zahlen des Staatshaushaltsplans zum 01.01.2017 gerechnet:

Unter Berücksichtigung von **§ 43 LBesGBW (Amtszulagen)** sowie der **Anlage 13** (jetzt schon bestehende Zulagen außerhalb der Steuerverwaltung!) kommt der Fachausschuss unter der **Prämisse der höchstmöglichen Zulage** (= 75 % des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten und dem Endgrundgehalt der nächst höheren Besoldungsgruppe = 403 €) bei einer Anzahl von A 13 Z-Stellen in Höhe von **30 % der vorhandenen A 13 Haushaltsstellen** (866,50) auf **260** mögliche Stellen.

Bericht Fachausschuss gehobener Dienst zum FORUM

Im Ergebnis würden diese 260 Stellen den Landeshaushalt gerade einmal mit 1,25 Mio. Euro belasten. Runden wir die Stellen auf die Zahl **300** auf, ergäbe sich eine **Mehrbelastung für den Landeshaushalt in Höhe von 1,45 Mio. Euro.**

Fassen wir beide Forderungen a) nach Stellenhebungen und b) A 13Z zusammen, würde der Landeshaushalt maximal mit 6,6 Millionen Euro belastet!

Ein Blick in die „**Nebenabreden zum Koalitionsvertrag**“ bringt uns die Einsicht der verschiedenen Relationen:

Dort werden **43 Maßnahmen** aufgelistet und erläutert, wie hoch die einmaligen und die strukturellen Kosten sein sollen. **Nicht besonders überraschend sind Maßnahmen für die Steuerverwaltung nicht dabei!**

Unter **Ziffer 31** allerdings stellt sich die Politik **1.500 neue Stellen** für die Polizei vor, was strukturelle Kosten von **65 Millionen Euro** verursachen soll. Unter **Ziffer 32** werden Strukturverbesserungen beim Personal der Polizei mit weiteren **15 Millionen Euro** gelistet. **Also strukturelle 80 Millionen Euro für die Polizei stehen im Raum!**

Die Gruppe, die dieses Geld über Steuereinnahmen erst einmal sichern soll, stellt nun mehr als berechtigte Forderungen, die 6,6 Millionen Euro kosten – im Vergleich zu 80 Millionen Euro nur bei der Polizei!

Beachtenswert auch **Ziffer 33**, wo für die technische Ausstattung der Polizei sage und schreibe **100 Millionen Euro einmalig** vorgesehen sind.

Damit könnte auch unsere Forderung nach angemessener EDV-Ausstattung sowohl der Prüfungsdienste mit UMTS – Speichersticks – Dienst-Handy – Microsoft Office bzw. der Innendienste mit toller Software-Ergonomie und allgemein der Arbeitsplatzausstattung bestens erfüllt werden.....

Zu unserer Forderung: „Absenkung Eingangsbesoldung - sofort!“

„Schluss mit den Sonntagsreden und weg mit der Absenkung der Eingangsbesoldung – und zwar sofort!“

Hierzu lesen wir in den Nebenabreden zum Koalitionsvertrag, dass diese Absenkung **bis 2022** vollständig rückgängig gemacht werden soll. Bereits 2021 wird neu gewählt – ein Schelm wer dabei böses denkt!

Dies untermauert umso mehr unsere Eingangsforderung: „ S O F O R T ! “



Bericht Fachausschuss gehobener Dienst zum FORUM

Der Fachausschuss gehobener Dienst bei seiner Herbsttagung 2016 in Freudenstadt



**Hintere Reihe von links nach rechts: Frank Kirchherr, Uwe Schaal, Referent Andy Hey
Vordere Reihe v. li. nach re.: Andrea Nicklas, Oliver Thumm, Beate Maurer, Joachim Schreiner**